

Pressefreiheit

Lesen Sie sich das Staatsgrundgesetz, Artikel 13 sowie die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), Artikel 10 durch.

- a) Besprechen Sie mit einer Mitschülerin oder einem Mitschüler das Gelesene. Sie können auch eine KI Ihrer Wahl (ChatGPT, Claude, Gemini, Perplexity etc.) als Hilfsmittel heranziehen, um das Gelesene besser zu verstehen.
- b) Diskutieren Sie in der Klasse, welche Bedeutung das Staatsgrundgesetz und die EMRK für die Pressefreiheit in Österreich haben. Orientieren Sie sich bei der Diskussion an folgenden Fragen:
 - Welche Gemeinsamkeiten erkennen Sie beim Staatsgrundgesetz und der EMRK?
 - Welche Unterschiede erkennen Sie beim Staatsgrundgesetz und der EMRK hinsichtlich der Einschränkungen?
 - Ist eine uneingeschränkte Pressefreiheit möglich bzw. wünschenswert?

Was ist Pressefreiheit?

„Pressefreiheit ist definiert als die Fähigkeit von Journalistinnen und Journalisten – sowohl als Einzelpersonen als auch als Gruppe –, Nachrichten im öffentlichen Interesse auszuwählen, zu erstellen und zu verbreiten, und zwar unabhängig von politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und gesellschaftlichen Einflüssen und ohne dass ihre körperliche und psychische Unversehrtheit bedroht ist.“

Quelle: Reporter ohne Grenzen

Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger (Inkrafttreten 1867), Artikel 13:

Jedermann hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck oder durch bildliche Darstellung seine Meinung innerhalb der gesetzlichen Schranken frei zu äußern.

Die Presse darf weder unter Censur gestellt, noch durch das Concessions-System beschränkt werden.

Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) – Freiheit der Meinungsäußerung (Inkrafttreten 1958 in Österreich), Artikel 10:

(1) Jedermann hat Anspruch auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Freiheit der Meinung und die Freiheit zum Empfang und zur Mitteilung von Nachrichten oder Ideen ohne Eingriffe öffentlicher Behörden und ohne Rücksicht auf Landesgrenzen ein. Dieser Artikel schließt nicht aus, daß die Staaten Rundfunk-, Lichtspiel- oder Fernsehunternehmen einem Genehmigungsverfahren unterwerfen.

(2) Da die Ausübung dieser Freiheiten Pflichten und Verantwortung mit sich bringt, kann sie bestimmten, vom Gesetz vorgesehenen Formvorschriften, Bedingungen, Einschränkungen oder Strafdrohungen unterworfen werden, wie sie in einer demokratischen Gesellschaft im Interesse der nationalen Sicherheit, der territorialen Unversehrtheit oder der öffentlichen Sicherheit, der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Verbrechensverhütung, des Schutzes der Gesundheit und der Moral, des Schutzes des guten Rufes oder der Rechte anderer unentbehrlich sind, um die Verbreitung von vertraulichen Nachrichten zu verhindern oder das Ansehen und die Unparteilichkeit der Rechtsprechung zu gewährleisten.

Am 3. Mai findet jährlich der internationale Tag der Pressefreiheit statt. Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ veröffentlicht rund um dieses Datum ein Ranking zur Pressefreiheit weltweit.

- a) Sehen Sie sich die Karte unter <https://tinyurl.com/yayfkah3> bzw. durch Scannen des QR-Codes an.



- b) Lesen Sie den Artikel „Der Journalismus wird kriminalisiert“ aus der Tageszeitung „Salzburger Nachrichten“ vom 30. April 2026 aufmerksam durch.
- c) Erklären Sie in zwei bis drei Sätzen, warum sich die Lage der Pressefreiheit weltweit in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert hat. Der Artikel „Der Journalismus wird kriminalisiert“ hilft Ihnen dabei.
- d) Setzen Sie in Kleingruppen die Überschrift des Artikels „Der Journalismus wird kriminalisiert“ in Bezug zur aktuellen Lage der Pressefreiheit weltweit. Überlegen Sie, welche Gefahren entstehen können, wenn Pressefreiheit zu stark eingeschränkt wird. Machen Sie sich Notizen.

Wählen Sie zwei der folgenden Fragen in der Klasse aus und diskutieren Sie darüber (Fishbowl-Methode):

- Warum ist Pressefreiheit für alle wichtig?
- Finden Sie ein Ranking zur Pressefreiheit sinnvoll? Warum oder warum nicht?
- Kann eine Demokratie ohne freie Presse funktionieren? Warum oder warum nicht?
- Welche Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene wären geeignet, die Pressefreiheit zu stärken?

Zusatzaufgabe: Fertigen Sie einen Steckbrief über die Pressefreiheit in einem Land Ihrer Wahl an. Gestalten Sie dazu ein (digitales) Plakat und präsentieren Sie es in der Klasse. Mehr Informationen zu den einzelnen Ländern finden Sie auf <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste>.

„Der Journalismus wird kriminalisiert“

Die neue Rangliste der Pressefreiheit bringt das schlechteste weltweite Ergebnis, seit es die Erhebung gibt – also seit einem Vierteljahrhundert.

RALF HILLEBRAND

WIEN. Seit 2002 veröffentlicht Reporter ohne Grenzen (RSF) die Rangliste der Pressefreiheit. Und jedes Jahr wird auch eine Landkarte mitgeliefert, die – grob nach dem Ampelsystem – in Rot, Gelb und Grün zeigen soll, wie es um die Pressefreiheit steht. Doch 2026 ist es eigentlich keine Ampel mehr – denn auf der Karte fehlt Grün nahezu komplett: In nur sieben von 180 Ländern gibt es eine „gute Situation“, was die Pressefreiheit angeht. Mehr noch: 52,2 Prozent aller Länder weltweit befänden sich in einer „schwierigen“ oder „sehr ernsten“ Lage, konstatiert Reporter ohne Grenzen. Noch nie sei der weltweite Durchschnittswert derart niedrig gewesen wie dieses Jahr. Zum Vergleich: 2002 fielen lediglich 13,7 Prozent der Länder in die Kategorien „schwierig“ oder „sehr ernst“. Und auch die andere Seite der Tabelle zeichnet ein drastisches Bild: Nur noch ein Prozent der Weltbevölkerung lebt in einem Land mit „guter“ Pressefreiheit; 2002 waren es rund 20 Prozent.

Reporter ohne Grenzen macht das unter anderem an einem „zunehmend restriktiven gesetzlichen Instrumentarium, insbesondere im Kontext nationaler Sicherheitspolitik“ fest. Im Klartext heißt das: Das Recht auf Information werde „nachhaltig untergraben – selbst in demokratischen Systemen“. Entsprechend sei der Rückgang in der Kategorie „Rechtliche Rahmenbedingungen“ am stärksten – der Wert hat sich in mehr als 60 Prozent der Länder verschlechtert –, mit der Folge, dass der Journalismus „wachsend kriminalisiert“ werde. „Die

Kriminalisierung des Journalismus, die auf der Umgehung des Presserechts und dem Missbrauch von Ausnahmegesetzen oder allgemeinem Recht beruht, erweist sich als weltweites Phänomen“, hält RSF fest.

Die NGO detektiert aber noch weitere Kriterien. Darunter den „Missbrauch von Gesetzen gegen Journalistinnen und Journalisten im Namen der Terrorismusbekämpfung“, politische Rhetorik, die sich gegen Medienschaffende richte, aber auch „ökonomische Schwächen“ der Branche selbst. Anne Bocandé, Redaktionsdirektorin von RSF, leitet aus all dem eine Verantwortung der Zivilgesellschaft ab: „Die Schutzmechanismen sind nach wie vor zu schwach, das Völkerrecht bröckelt und die Straflosigkeit gedeiht. Es bedarf fester Garantien – und wirksamer Sanktionen. Der Ball liegt nun bei den Demokratien und ihren Bürgerinnen und Bürgern. Es liegt an ihnen,

„Denen Einhalt gebieten, die das Schweigen organisieren.“

Anne Bocandé,
Reporter ohne Grenzen

denen Einhalt zu gebieten, die das Schweigen organisieren.“

Während sich der Rückgang „in einigen Ländern durch bewaffnete Konflikte erklären“ ließe, hat RSF ein besonderes Schlaglicht auf den amerikanischen Kontinent geworfen: „Seit 2022 ist der Rückgang im Ranking der 28 amerikanischen Länder vergleichbar mit dem in den beiden für Journalistinnen und Journalisten gefährlichsten Regionen der Welt: Zentralasien/Osteuropa sowie Naher Osten/Nordafrika.“ Auf dem amerikanischen Kontinent gebe es vor allem zwei Trends – „die Zunahme von Gewalt durch das organisierte Verbrechen und der Gewalt durch politische

Kräfte“. Dabei nennt Reporter ohne Grenzen Donald Trump namentlich. Der US-Präsident habe „regelmäßige Angriffe auf die Medien und den Journalismus zur systematischen Praxis gemacht“. Etwa auch dadurch sind die Vereinigten Staaten im Ranking nur noch auf Platz 64 zu finden – und „autoritäre Regime in Lateinamerika folgen dem Handbuch des US-Präsidenten gegen die Medien“.

Auf den drei letzten Plätzen des RSF-Rankings stehen indessen China, Nordkorea und Eritrea (absteigend), die Rangliste führt Norwegen vor den Niederlanden und Estland an, den größten Sprung nach oben machte Syrien (plus 36 Ränge), zurückzuführen auf den Sturz von Präsident Baschar al-Assad.

Immerhin bringt die Rangliste aus heimischer Sicht gute Nachrichten: Österreich macht drei Plätze gut und klettert von der 22 auf die 19. Zumal Österreich wider den weltweiten Trends speziell im Bereich „rechtlicher Kontext“ zulegen konnte: „Österreich hat im Gesamtergebnis 1,31 Punkte gutgemacht. Die Kurve zeigt also nach oben, wobei der Zuwachs von 2,40 Punkten im rechtlichen Kontext besonders auffällt“, erläutert Martin Wassermair, Generalsekretär von Reporter ohne Grenzen Österreich.

RSF-Präsident Fritz Hausjell hingegen sieht „sowohl Licht als auch Schatten“. Der Kommunikationswissenschaftler warnt etwa „vor der überfälligen Stabilisierung der ökonomischen Grundlagen von Medien und Journalismus“. Hausjell kritisiert speziell, dass „immer mehr Werbebuchungen von den journalistischen Medien zu den amerikanischen und chinesischen Digitalgiganten abfließen“. Das RSF-Ranking sei also „ein wichtiger Anstoß“ zu der laufenden Reform der Medienförderungen. Positiv zu vermerken hingegen seien etwa das im September 2025 in Kraft getretene Informationsfreiheitsgesetz oder erste Schritte, um das Europäische Medienfreiheitsgesetz umzusetzen. Den 19. Platz sieht Hausjell jedenfalls „als Ansporn, in den kommenden RSF-Rankings zumindest in die Top Ten aufzusteigen“.